

# VERGABEUNTERLAGEN

2026RW000003

Einführung Portfolio- und Projektmanagement-Lösung (PM-Tool)

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

Teilnahmewettbewerb (Korrektur 5)

AUFTRAGGEBER

Bayerische Staatsforsten AöR

Tillystraße 2, 93053 Regensburg, Deutschland

---

27.05.2026



# Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	3
2026RW000003_Verfahrensbeschreibung .....	3
luK-FB-108_Erklärung_Bietergemeinschaft.....	9
luK-FB-109_Verzeichnis_UA-Leistungen.....	10
luK-FB-111_Verpflchtungserklärung_Teilleistungen .....	11
AM-FB-202_Auftragsdatenverarbeitung - Muster .....	12
Unbenannt.....	17
luK-FB-107-Scientology-Schutzerklärung .....	21
UP-HB-002 Verhaltensgrundsätze Geschäftspartner .....	23
Vorwort des Vorstands .....	25
1 Nachhaltig wirtschaften unter Berücksichtigung von Gesetz und Ethik .....	26
2 Zusammenarbeit mit Kunden, Lieferanten, Dienstleistern und Behörden.....	26
3 Verantwortung in der Gesellschaft .....	26
4 Arbeitssicherheit, Ökologie und Nachhaltigkeit .....	27
5 Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte .....	28
6 Anti-Korruption .....	29
7 Umgang mit Interessenskonflikten .....	29
8 Umgang mit Wissen und Daten.....	30
9 Selbstverpflichtung und Dialog in der Wertschöpfungskette .....	30
10 Einhaltung der Grundsätze und Meldewege bei Verstößen.....	31
11 Kontakt .....	31
Eignungskriterien.....	32
Anlagen .....	41



### INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

### INFORMATIONEN

#### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026RW000003
Maßnahme	Einführung Portfolio- und Projektmanagement-Lösung (PM Tool)
Maßnahme Nummer	
Auftragsbezeichnung	Einführung Portfolio- und Projektmanagement-Lösung (PM-Tool)
Auftragsbeschreibung	Einführung eines standardisierten Portfolio- und Projektmanagementsystems mit definierten Methoden, Vorlagen und Workflows für laufende und zukünftige Projekte. Das neue System soll die Programm- und Projektsteuerung verbessern, Projektrisiken und Fehlerkosten reduzieren und die Stakeholder-Zufriedenheit nachhaltig steigern. Außerdem soll die Zusammenarbeit und Kommunikation durch eine zentrale Plattform für alle Projektbeteiligten durch klare Verantwortlichkeiten und verbesserter Teamkoordination gefördert werden. Das neue Portfolio- und Projektmanagementtool soll folgenden Nutzen bringen: • Transparente Portfolio-Übersicht (alle Projekte, Budgets und Status in einem zentralen Cockpit), somit auch bessere Skalierbarkeit für zukünftige Projekte • Zeitersparnis durch klare Strukturen und Abläufe • Echtzeit-Reporting & Dashboards (automatisierte Übersichten und Kennzahlen möglich) • Ressourcenplanung & Auslastungssteuerung (Engpässe früh erkennen und Kapazitäten optimieren) • Automatisierte Workflows (Kosten- und Zeitersparnis durch weniger manuelle Routine, schnellere und optimierte Prozesse) • Priorisierung & strategische Ausrichtung (Projekte nach Unternehmenszielen gewichten) • Frühzeitiges Risikomanagement (Risiken proaktiv identifizieren und Gegenmaßnahmen planen) • Budget- & Kostenkontrolle (Abweichungen sofort sichtbar, fundierte Finanzentscheidungen) • Bessere Kollaboration & Kommunikation durch eine zentrale Plattform und höhere Akzeptanz durch einheitliche Methoden und Tools • Compliance & Governance-Unterstützung (Standards, Audits und Freigaben revisionssicher steuern), erhöhte Qualität der Projektergebnisse • Datenbasierte Entscheidungshilfen (möglich: What-if-Analysen und Szenario-Simulationen auf Knopfdruck)

#### VERFAHREN

Auftraggeber	Bayerische Staatsforsten AöR
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	93053 Regensburg
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

#### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 60%: 40%				
Klassifizierungen	<table> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> <tr> <td>48000000-8</td><td>Softwarepaket und Informationssysteme</td></tr> </table>	Code	Bezeichnung	48000000-8	Softwarepaket und Informationssysteme
Code	Bezeichnung				
48000000-8	Softwarepaket und Informationssysteme				

#### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen



URL für elektronische Angebote	<a href="https://portal.deutsche-e-vergabe.de">https://portal.deutsche-e-vergabe.de</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

## SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Sonstige
-------------	----------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	27.03.2026

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	
Frist Bieterfragen	21.04.2026 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

### AUFTRAGSDAUER

Beginn	
Ende	
Anmerkungen	

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 21.04.2026 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.



# **Verfahrensbeschreibung**

**zum Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teil-  
nahmewettbewerb**

## **Einführung Portfolio – und Projektmanagement – Lösung**

**für die Bayerischen Staatsforsten**

**Version 1.0**

**Stand: 27.03.2026**



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1.</b>	<b>ABLAUF UND STRUKTUR DES BESCHAFFUNGSVORHABENS .....</b>	<b>3</b>
1.1	Teilnahmewettbewerb.....	3
1.2	Verhandlungsverfahren .....	3
1.2.1	Stufe 1: Aufforderung zur Abgabe von indikativen Angeboten .....	3
1.2.2	Stufe 2: Prüfung der indikativen Angebote .....	4
1.2.3	Stufe 3: Verhandlungsverfahren .....	4
1.2.4	Stufe 4: Aufforderung zur Abgabe überarbeiteter, verbindlicher Angebote .....	5
1.2.5	Stufe 5: Prüfung und Wertung der überarbeiteten, verbindlichen Angebote .....	5
1.2.6	Stufe 6: Aufforderung zur Abgabe eines finalen Angebotes .....	5
1.2.7	Stufe 7: Prüfung und Wertung der finalen Angebote .....	5
1.2.8	Stufe 8: Abschluss des Verhandlungsverfahren .....	6



## **1. Ablauf und Struktur des Beschaffungsvorhabens**

Aufgrund der Komplexität der zu beschaffenden Lieferungen/Leistung und um die Vergleichbarkeit der Angebote bezüglich der Leistungsfähigkeit und des Preises herstellen zu können wird ein Verhandlungsverfahren mit vorangehendem Teilnahmewettbewerb durchgeführt.

Der öffentliche Auftraggeber beschreibt seine Bedürfnisse und Anforderungen an eine Leistung, ebenso die Zuschlagskriterien und einen vorläufigen Zeitrahmen (§ 18 Abs. 1 VgV). In einer oder mehreren Verhandlungsphasen ermittelt er mit geeigneten Unternehmen, welche er in einem Teilnahmewettbewerb ermittelt hat, wie seine Anforderungen am besten erfüllt werden können.

### **1.1 Teilnahmewettbewerb**

Im vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb geben die Bewerber ihre Eignung bekannt. Anhand der Eignungskriterien werden die Bieter für den Wettbewerb - die „Erste“ Verhandlungsrunde geprüft und ausgewählt. Das heißt der Auftraggeber prüft im ersten Schritt die Eignung der Bieter anhand von vorher festgelegten Eignungskriterien. Nur die Bieter, deren Eignung im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs festgestellt wurde, werden zum Verhandlungsverfahren eingeladen.

Dabei behält sich die Vergabestelle vor, nur die Bewerber zur Verhandlung einzuladen, die nach der Bewertung der Eignungskriterien die Rangfolge 1 bis 3 maximal 5 belegen.

### **1.2 Verhandlungsverfahren**

Nach der Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber ist nachfolgender gestufter Verfahrensablauf vorgesehen. Änderungen bleiben, insbesondere was die Anzahl der Verhandlungsrunden anbetrifft, vorbehalten.

#### **1.2.1 Stufe 1: Aufforderung zur Abgabe von indikativen Angeboten**

Zunächst werden die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber zur Abgabe von indikativen Angeboten aufgefordert.

Die Vergabeunterlagen enthalten insbesondere eine, ggf. gegenüber der Leistungsbeschreibung / dem Leistungsverzeichnis aus dem Teilnahmewettbewerb erweiterte Leistungsbeschreibung bzw. Leistungsverzeichnis sowie die vertraglichen Grundlagen. Ferner werden den Bewerbern die für



die Erstellung der Angebote maßgeblichen Mindestanforderungen (A-Kriterien) und Bewertungskriterien (B-Kriterien) mitgeteilt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Angebote zunächst nur indikative Angebote darstellen, welche zur Eröffnung des Verhandlungsverfahrens verwendet werden. Anhand der Angebote wird zunächst der Leistungsumfang der ausgeschriebenen Leistung verhandelt und daraufhin seitens der Vergabestelle die Leistungsbeschreibung konkretisiert und verfeinert. Ziel dabei ist, bei allen Anbietern und der Vergabestelle ein einheitliches Verständnis über die zu erbringende Leistung herbeizuführen und somit die Vergleichbarkeit der später folgenden Angebote zu gewährleisten. Nach den Verhandlungsrunden, in denen eine detaillierte Erörterung der Leistungsanforderungen stattfindet, wird die Leistungsbeschreibung bzw. das Leistungsverzeichnis entsprechend angepasst.

In den Verhandlungsrunden können auch Vertragsdetails der vorliegenden EVB-IT-Vertragsmuster verhandelt werden, nicht aber die Anwendung der EVB-IT AGB.

Der im indikativen Angebot genannte Preis ist lediglich eine Preisinformation. Eine Bewertung der Angebote findet nicht statt.

### **1.2.2 Stufe 2: Prüfung der indikativen Angebote**

Die abgegebenen Angebote werden auf die Einhaltung der den Bieter mitgeteilten Frist sowie der vorgegebenen formalen und materiellen Mindestanforderungen hin geprüft. Nicht fristgerecht eingegangene Angebote sowie Angebote, die den formalen und materiellen Mindestanforderungen nicht entsprechen, werden ausgeschlossen. Sofern ein unvollständiges Angebot abgegeben wird, gilt das Angebot als unvollständig (Fehlen wesentlicher Angaben) und wird ausgeschlossen.

Die verbleibenden Bieter werden anschließend zur Verhandlung ihres Angebotes eingeladen.

### **1.2.3 Stufe 3: Verhandlungsverfahren**

Mit den eingeladenen Bietern werden Verhandlungen über die Auftragsbedingungen, den Leistungsumfang bzw. die Leistungsanforderungen und ggf. die indikativen Preise geführt. Die Bieter werden vorher über den Zeitpunkt, Inhalt und Ablauf der Verhandlungen informiert.

Im Rahmen des Verhandlungsverfahrens zum indikativen Angebot werden Fragen der Bieter zum Verfahren und insbesondere zur Leistungsbeschreibung, wie auch deren Lösungen erörtert.



#### **1.2.4 Stufe 4: Aufforderung zur Abgabe überarbeiteter, verbindlicher Angebote**

Nach Abschluss der Verhandlungen nach Ziffer 1.2.3 wird die Vergabestelle die Bieter zur Abgabe eines überarbeiteten Angebotes auffordern. Für die Erstellung der überarbeiteten Angebote werden den Bietern die eventuell modifizierten, an den Stand der Verhandlungen angepassten Vergabeunterlagen zugesandt. Die Bieter reichen ihre auf dieser Grundlage erstellten verbindlichen Angebote ein.

#### **1.2.5 Stufe 5: Prüfung und Wertung der überarbeiteten, verbindlichen Angebote**

Die Angebote werden auf die Einhaltung der den Bietern mitgeteilten Frist sowie der vorgegebenen Mindestanforderungen hin geprüft. Nicht fristgerecht eingegangene Angebote sowie Angebote, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen, werden ausgeschlossen.

Der Vergabestelle ist es unbenommen, nach der Prüfung und Bewertung der überarbeiteten, verbindlichen Angebote mit den verbleibenden Bietern (s.u.) weitere Verhandlungen zu führen oder aber das verbindliche Angebot als finales Angebot zu werten.

Der Auftraggeber behält sich ferner vor, unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, den Kreis der Bieter nach Wertung der überarbeiteten, verbindlichen Angebote weiter zu reduzieren und nur diejenigen Bieter an den folgenden Verhandlungen zu beteiligen, die nach dem Ergebnis der Angebotswertung, auf den Bewertungsrängen 1 bis 3 liegen.

#### **1.2.6 Stufe 6: Aufforderung zur Abgabe eines finalen Angebotes**

Nach Abschluss der Verhandlungen nach Ziffer 1.2.4 bzw. 1.2.5 wird die Vergabestelle die im Vergabeverfahren verbliebenen Bieter zur Abgabe eines finalen Angebotes auffordern. Für die Erstellung der finalen Angebote werden den Bietern die eventuell modifizierten, an den Stand der Verhandlungen angepassten Vergabeunterlagen zugesandt. Die Bieter reichen ihre auf dieser Grundlage erstellten finalen Angebote ein.

#### **1.2.7 Stufe 7: Prüfung und Wertung der finalen Angebote**

Die Angebote werden auf die Einhaltung der den Bietern mitgeteilten Frist sowie der vorgegebenen Mindestanforderungen hin geprüft. Nicht fristgerecht eingegangene Angebote sowie Angebote, die den Mindestanforderungen nicht entsprechen, werden ausgeschlossen.



### **1.2.8 Stufe 8: Abschluss des Verhandlungsverfahren**

Zum Abschluss der Verhandlungen wird anhand der mitgeteilten Zuschlagskriterien unter Einhaltung der Informations- und Wartepflicht gem. § 134 GWB auf das wirtschaftlich günstigste Angebot unter Berücksichtigung des Angebotspreises der Zuschlag erteilt.



## Erklärung der Bieter/Arbeitsgemeinschaft

Die Teilnahme am Verfahren erfolgt als <sup>1</sup>

☐ Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

☒ Einzelbieter

Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen einer Bietergemeinschaft

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

beschließen, im Falle einer Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter:

Wir erklären, dass

- Der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt;
- Alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) , den (Datum) \_\_\_\_\_  
Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift

(Ort) , den (Datum) \_\_\_\_\_  
Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift

(Ort) , den (Datum) \_\_\_\_\_  
Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift

(Ort) , den (Datum) \_\_\_\_\_  
Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift

**Bitte achten Sie darauf, dass bei Angebotsabgabe einer Bietergemeinschaft diese Erklärung von allen Mitgliedern unterschrieben und vorgelegt wird.**

**Laden Sie bitte hierzu diese (unterschiedene) Erklärung im Angebotsassistenten im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" hoch.**

<sup>1</sup> bitte Zutreffendes ankreuzen



## Verzeichnis der Unterauftragsnehmerleistungen

Die Teilnahme am Verfahren erfolgt unter Einbeziehung von

Verbundenen Unternehmen ☐

Unterauftragnehmern ☐

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen sollen als verbundene Unternehmen oder Unterauftragnehmer eingesetzt werden:

### Nachunternehmer 1

Name und Anschrift		
Status:	Verbundenes Unternehmen	<input type="checkbox"/>
	Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>
Beschreibung der Teilleistung		

### Nachunternehmer 2

Name und Anschrift		
Status:	Verbundenes Unternehmen	<input type="checkbox"/>
	Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>
Beschreibung der Teilleistung		

### Nachunternehmer 3

Name und Anschrift		
Status:	Verbundenes Unternehmen	<input type="checkbox"/>
	Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>
Beschreibung der Teilleistung		

### Nachunternehmer 4

Name und Anschrift		
Status:	Verbundenes Unternehmen	<input type="checkbox"/>
	Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>
Beschreibung der Teilleistung		

### Nachunternehmer 5

Name und Anschrift		
Status:	Verbundenes Unternehmen	<input type="checkbox"/>
	Nachunternehmer	<input type="checkbox"/>
Beschreibung der Teilleistung		



## Verpflichtungserklärung Teilleistungen

Bieter/Bewerber	
Firma	
Straße	
PLZ, Ort	

### Name des sich verpflichtenden Unternehmens:

Firma	
Straße	
PLZ, Ort	

## Verpflichtungserklärung Teilleistungen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter diesem mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgend genannten Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen:

Beschreibung der Teilleistungen	
---------------------------------	--

---

(Datum, Ort, Stempel, Unterschrift)

**Bitte beachten Sie, dass eine vom verpflichtenden Unternehmen unterschriebene Erklärung vorliegt.**

**Laden Sie bitte hierzu die Erklärung im Angebotsassistenten im Abschnitt "Eigene Anlagen" hoch.**



Anlage zum Vertrag Nr. 2026RW000003

# Vereinbarung zum Datenschutz und zur Datensicherheit in Auftragsverhältnissen nach Art. 28 DS-GVO

## 1. Gegenstand und Dauer des Auftrags

### 1.1 Gegenstand des Auftrags

Der Gegenstand des Auftrags ergibt sich aus

- ☒ dem Vertrag bzw. der zugehörigen Leistungsbeschreibung - im Folgenden Leistungsvereinbarung genannt -
- ☐ Gegenstand des Auftrags zum Datenumgang ist die Durchführung folgender Aufgaben durch den Auftragnehmer:

### 1.2 Dauer des Auftrags

- ☒ Die Dauer des Auftrages (Laufzeit) entspricht der Laufzeit der Leistungsvereinbarung.
- ☐ Der Auftrag wird zur einmaligen Ausführung erteilt.
- ☐ Die Dauer dieses Auftrags (Laufzeit) ist befristet bis zum
- ☐ Der Auftrag ist unbefristet erteilt und kann von beiden Parteien mit einer Frist von zum Ablauf gekündigt werden.  
Die Möglichkeit zur fristlosen Kündigung bleibt hiervon unberührt.

## 2. Konkretisierung des Auftragsinhalts

### 2.1 Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten

- ☐ Art und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer für den Auftraggeber sind konkret beschrieben in der Leistungsvereinbarung
- ☒ Nähere Beschreibung des Auftragsgegenstandes im Hinblick auf Art und Zweck der Aufgaben des Auftragnehmers:  
Siehe Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis



Die Erbringung der vertraglich vereinbarten Datenverarbeitung findet ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum statt. Jede Verlagerung in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO erfüllt sind.

- ☐ Es erfolgt keine Verarbeitung in einem Drittland
- ☐ Es erfolgt eine Verarbeitung in einem Drittland

Das angemessene Schutzniveau in

- ☐ ist festgestellt durch einen Angemessenheitsbeschluss der Kommission (Art. 45 Abs. 3 DS-GVO);
- ☐ wird hergestellt durch verbindliche interne Datenschutzvorschriften (Art. 46 Abs. 2 lit. b i.V.m. 47 DS-GVO);
- ☐ wird hergestellt durch Standarddatenschutzklauseln (Art. 46 Abs. 2 litt. c und d DS-GVO);
- ☐ wird hergestellt durch genehmigte Verhaltensregeln (Art. 46 Abs. 2 lit. e i.V.m. 40 DS-GVO);
- ☐ wird hergestellt durch einen genehmigten Zertifizierungsmechanismus (Art. 46 Abs. 2 lit. f i.V.m. 42 DS-GVO).
- ☐ wird hergestellt durch sonstige Maßnahmen (Art. 46 Abs 2 lit. a, Abs. 3 litt. a und b DS-GVO):

## 2.2 Art der Daten

- ☐ Die Art der verwendeten personenbezogenen Daten ist in der Leistungsvereinbarung konkret beschrieben unter: Siehe Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis
- ☐ Gegenstand der Verarbeitung personenbezogener Daten sind folgende Datenarten / -kategorien (Aufzählung/Beschreibung der Datenkategorien):
  - ☐ Personenstammdaten
  - ☐ Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, E-Mail)
  - ☐ Vertragsstammdaten (Vertragsbeziehung, Produkt- bzw. Vertragsinteresse)
  - ☐ Kundenhistorie
  - ☐ Vertragsabrechnungs- und Zahlungsdaten
  - ☐ Planungs- und Steuerungsdaten
  - ☐ Auskunftangaben (von Dritten, z.B. Auskunftsteilen, oder aus öffentlichen Verzeichnissen)
  - ☐



## 2.3 Kategorien betroffener Personen

- ☒ Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen sind in der Leistungsvereinbarung konkret beschrieben unter:  
Siehe Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis

- ☐ Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen umfassen:

- ☐ Kunden
- ☐ Interessenten
- ☐ Abonnenten
- ☐ Beschäftigte
- ☐ Lieferanten
- ☐ Handelsvertreter
- ☐ Ansprechpartner
- ☐

## 3. Technisch-organisatorische Maßnahmen

Der Auftragnehmer hat die Umsetzung der im Vorfeld der Auftragsvergabe dargelegten technischen und organisatorischen Maßnahmen vor Beginn der Verarbeitung, insbesondere hinsichtlich der konkreten Auftragsdurchführung zu dokumentieren und dem Auftraggeber zur Prüfung zu übergeben. Bei Akzeptanz durch den Auftraggeber werden die dokumentierten Maßnahmen Grundlage des Auftrags. Soweit die Prüfung/ein Audit des Auftraggebers einen Anpassungsbedarf ergibt, ist dieser einvernehmlich umzusetzen.

Der Auftragnehmer hat die Sicherheit gem. Artt. 28 Abs. 3 lit. c, 32 DS-GVO insbesondere in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 DS-GVO herzustellen. Insgesamt handelt es sich bei den zu treffenden Maßnahmen um Maßnahmen der Datensicherheit und zur Gewährleistung eines dem Risiko angemessenen Schutzniveaus hinsichtlich der Vertraulichkeit, der Integrität, der Verfügbarkeit sowie der Belastbarkeit der Systeme. Dabei sind der Stand der Technik, die Implementierungskosten und die Art, der Umfang und die Zwecke der Verarbeitung sowie die unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen im Sinne von Art. 32 Abs. 1 DS-GVO zu berücksichtigen [Einzelheiten in der **Anlage**].

Die technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt und der Weiterentwicklung. Insoweit ist es dem Auftragnehmer gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind zu dokumentieren.



## 4. Berichtigung, Einschränkung und Löschung von Daten

Der Auftragnehmer darf die Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nicht eigenmächtig sondern nur nach dokumentierter Weisung des Auftraggebers berichtigen, löschen oder deren Verarbeitung einschränken. Soweit eine betroffene Person sich diesbezüglich unmittelbar an den Auftragnehmer wendet, wird der Auftragnehmer dieses Ersuchen unverzüglich an den Auftraggeber weiterleiten.

Soweit vom Leistungsumfang umfasst, sind Löschkonzept, Recht auf Vergessenwerden, Berichtigung, Datenportabilität und Auskunft nach dokumentierter Weisung des Auftraggebers unmittelbar durch den Auftragnehmer sicherzustellen.

## 5. Qualitätssicherung und sonstige Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat zusätzlich zu der Einhaltung der Regelungen dieses Auftrags gesetzliche Pflichten gemäß Art. 28 bis 33 DS-GVO; insofern gewährleistet er insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben:

- a) ☐ Schriftliche Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, der seine Tätigkeit gemäß Art. 38 und 39 DS-GVO ausübt.

☐ Dessen Kontaktdaten werden dem Auftraggeber zum Zweck der direkten Kontaktaufnahme mitgeteilt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten wird dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt.

☐ Als Datenschutzbeauftragte(r) ist beim Auftragnehmer bestellt:

Anrede:

Vorname, Name:

Organisationseinheit:

Telefon:

E-Mail:

Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

☐ Dessen jeweils aktuelle Kontaktdaten sind auf der Homepage des Auftragnehmers leicht zugänglich hinterlegt.

- b) ☐ Der Auftragnehmer ist nicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten verpflichtet. Als Ansprechpartner beim Auftragnehmer wird benannt:

Anrede:

Vorname, Name:

Organisationseinheit:

Telefon:

E-Mail:



- c) ☐ Da der Auftragnehmer seinen Sitz außerhalb der Union hat, benennt er folgenden Vertreter nach Art. 27 Abs. 1 DS-GVO in der Union:

Anrede:

Vorname, Name:

Organisationseinheit:

Telefon:

E-Mail:

- d) Die Wahrung der Vertraulichkeit gemäß Artt. 28 Abs. 3 S. 2 lit. b, 29, 32 Abs. 4 DS-GVO. Der Auftragnehmer setzt bei der Durchführung der Arbeiten nur Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Der Auftragnehmer und jede dem Auftragnehmer unterstellte Person, die Zugang zu personenbezogenen Daten hat, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeiten einschließlich der in diesem Vertrag eingeräumten Befugnisse, es sei denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind.
- e) Die Umsetzung und Einhaltung aller für diesen Auftrag erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß Artt. 28 Abs. 3 S. 2 lit. c, 32 DS-GVO [Einzelheiten in der Anlage].
- f) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer arbeiten auf Anfrage mit der Aufsichtsbehörde bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen.
- g) Die unverzügliche Information des Auftraggebers über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ermittelt.
- h) Soweit der Auftraggeber seinerseits einer Kontrolle der Aufsichtsbehörde, einem Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren, dem Haftungsanspruch einer betroffenen Person oder eines Dritten oder einem anderen Anspruch im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ausgesetzt ist, hat ihn der Auftragnehmer nach besten Kräften zu unterstützen.
- i) Nachweisbarkeit der getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen gegenüber dem Auftraggeber im Rahmen seiner Kontrollbefugnisse nach Ziffer 7 dieses Vertrages.



## 6. Unterauftragsverhältnisse

Als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die sich unmittelbar auf die Erbringung der Hauptleistung beziehen. Nicht hierzu gehören Nebenleistungen, die der Auftragnehmer z.B. als Telekommunikationsleistungen, Post-/Transportdienstleistungen, Wartung und Benutzerservice oder die Entsorgung von Datenträgern sowie sonstige Maßnahmen zur Sicherstellung der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Belastbarkeit der Hard- und Software von Datenverarbeitungsanlagen in Anspruch nimmt. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit der Daten des Auftraggebers auch bei ausgelagerten Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

Der Auftragnehmer darf Unterauftragnehmer (weitere Auftragsverarbeiter) nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher bzw. dokumentierter Zustimmung des Auftraggebers beauftragen.

- a) ☐ Eine Unterbeauftragung ist unzulässig.
- b) ☒ Der Auftraggeber stimmt der Beauftragung der nachfolgenden Unterauftragnehmer zu unter der Bedingung einer vertraglichen Vereinbarung nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 2-4 DS-GVO:

Firma Unterauftragnehmer	Anschrift/Land	Leistung

- c) ☒ Die Auslagerung auf Unterauftragnehmer oder
- ☒ der Wechsel des bestehenden Unterauftragnehmers

sind zulässig, soweit:

- der Auftragnehmer eine solche Auslagerung auf Unterauftragnehmer dem Auftraggeber eine angemessene Zeit vorab schriftlich oder in Textform anzeigt und
- der Auftraggeber nicht bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Daten gegenüber dem Auftragnehmer schriftlich oder in Textform Einspruch gegen die geplante Auslagerung erhebt und
- eine vertragliche Vereinbarung nach Maßgabe des Art. 28 Abs. 2-4 DS-GVO zugrunde gelegt wird.

Die Weitergabe von personenbezogenen Daten des Auftraggebers an den Unterauftragnehmer und dessen erstmaliges Tätigwerden sind erst mit Vorliegen aller Voraussetzungen für eine Unterbeauftragung gestattet.



Erbringt der Unterauftragnehmer die vereinbarte Leistung außerhalb der EU/des EWR stellt der Auftragnehmer die datenschutzrechtliche Zulässigkeit durch entsprechende Maßnahmen sicher. Gleiches gilt, wenn Dienstleister im Sinne von Abs. 1 Satz 2 eingesetzt werden sollen.

Eine weitere Auslagerung durch den Unterauftragnehmer

- ☒ ist nicht gestattet
- ☐ bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Hauptauftraggebers (mind. Textform)
- ☐ bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Hauptauftragnehmers (mind. Textform)

Sämtliche vertraglichen Regelungen in der Vertragskette sind auch dem weiteren Unterauftragnehmer aufzuerlegen.

## 7. Kontrollrechte des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat das Recht, im Benehmen mit dem Auftragnehmer Überprüfungen durchzuführen oder durch im Einzelfall zu benennende Prüfer durchführen zu lassen. Er hat das Recht, sich durch Stichprobenkontrollen, die in der Regel rechtzeitig anzumelden sind, von der Einhaltung dieser Vereinbarung durch den Auftragnehmer in dessen Geschäftsbetrieb zu überzeugen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragnehmers nach Art. 28 DS-GVO überzeugen kann. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen nachzuweisen.

Der Nachweis solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann erfolgen durch

- ☒ die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Art. 40 DS-GVO;
- ☒ die Zertifizierung nach einem genehmigten Zertifizierungsverfahren gemäß Art. 42 DS-GVO;
- ☒ aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragter, IT-Sicherheitsabteilung, Datenschutzauditor, Qualitätsauditor);
- ☒ eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz).

Für die Ermöglichung von Kontrollen durch den Auftraggeber kann der Auftragnehmer einen Vergütungsanspruch geltend machen.

## 8. Mitteilung bei Verstößen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 der DS-GVO genannten Pflichten zur Sicherheit personenbezogener Daten, Meldepflichten bei Datenpannen, Datenschutz-Folgeabschätzungen und vorherige Konsultationen. Hierzu gehören u.a.

- a) die Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus durch technische und organisatorische Maßnahmen, die die Umstände und Zwecke der Verarbeitung sowie die prognostizierte Wahrscheinlichkeit und Schwere einer möglichen Rechtsverletzung durch Sicherheitslücken berücksichtigen und eine sofortige Feststellung von relevanten Verletzungsereignissen ermöglichen



- b) die Verpflichtung, Verletzungen personenbezogener Daten unverzüglich an den Auftraggeber zu melden
- c) die Verpflichtung, dem Auftraggeber im Rahmen seiner Informationspflicht gegenüber dem Betroffenen zu unterstützen und ihm in diesem Zusammenhang sämtliche relevante Informationen unverzüglich zur Verfügung zu stellen
- d) die Unterstützung des Auftraggebers für dessen Datenschutz-Folgenabschätzung
- e) die Unterstützung des Auftraggebers im Rahmen vorheriger Konsultationen mit der Aufsichtsbehörde

Für Unterstützungsleistungen, die nicht in der Leistungsbeschreibung enthalten oder nicht auf ein Fehlverhalten des Auftragnehmers zurückzuführen sind, kann der Auftragnehmer eine Vergütung beanspruchen.

## **9. Weisungsbefugnis des Auftraggebers**

Mündliche Weisungen bestätigt der Auftraggeber unverzüglich (mind. Textform).

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen Datenschutzvorschriften. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird.

## **10. Löschung und Rückgabe von personenbezogenen Daten**

Kopien und Duplikate werden ohne Wissen des Auftraggebers nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Datenverarbeitung erforderlich sind, sowie Daten, die im Hinblick auf die Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten erforderlich sind.

Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten oder früher nach Aufforderung durch den Auftraggeber – spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung – hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz gelangte Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Das Protokoll der Löschung ist auf Anforderung vorzulegen.

Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den Auftragnehmer entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Auftraggeber übergeben.



## Anlage – Technisch-organisatorische Maßnahmen

### 1. Vertraulichkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

- Zutrittskontrolle  
Kein unbefugter Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, z.B.: Magnet- oder Chipkarten, Schlüssel, elektrische Türöffner, Werkschutz bzw. Pförtner, Alarmanlagen, Videoanlagen;
- Zugangskontrolle  
Keine unbefugte Systembenutzung, z.B.: (sichere) Kennwörter, automatische Sperrmechanismen, Zwei-Faktor-Authentifizierung, Verschlüsselung von Datenträgern;
- Zugriffskontrolle  
Kein unbefugtes Lesen, Kopieren, Verändern oder Entfernen innerhalb des Systems, z.B.: Berechtigungskonzepte und bedarfsgerechte Zugriffsrechte, Protokollierung von Zugriffen;
- Trennungskontrolle  
Getrennte Verarbeitung von Daten, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden, z.B. Mandantenfähigkeit, Sandboxing;
- Pseudonymisierung (Art. 32 Abs. 1 lit. a DS-GVO; Art. 25 Abs. 1 DS-GVO)  
Die Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Weise, dass die Daten ohne Hinzuziehung zusätzlicher Informationen nicht mehr einer spezifischen betroffenen Person zugeordnet werden können, sofern diese zusätzlichen Informationen gesondert aufbewahrt werden und entsprechende technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen;

### 2. Integrität (Art. 32 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

- Weitergabekontrolle  
Kein unbefugtes Lesen, Kopieren, Verändern oder Entfernen bei elektronischer Übertragung oder Transport, z.B.: Verschlüsselung, Virtual Private Networks (VPN), elektronische Signatur;
- Eingabekontrolle  
Feststellung, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind, z.B.: Protokollierung, Dokumentenmanagement;

### 3. Verfügbarkeit und Belastbarkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

- Verfügbarkeitskontrolle  
Schutz gegen zufällige oder mutwillige Zerstörung bzw. Verlust, z.B.: Backup-Strategie (online/offline; on-site/off-site), unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV), Virenschutz, Firewall, Meldewege und Notfallpläne;
- Rasche Wiederherstellbarkeit (Art. 32 Abs. 1 lit. c DS-GVO);

### 4. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung (Art. 32 Abs. 1 lit. d DS-GVO; Art. 25 Abs. 1 DS-GVO)

- Datenschutz-Management;
- Incident-Response-Management;
- Datenschutzfreundliche Voreinstellungen (Art. 25 Abs. 2 DS-GVO);
- Auftragskontrolle  
Keine Auftragsdatenverarbeitung im Sinne von Art. 28 DS-GVO ohne entsprechende Weisung des Auftraggebers, z.B.: Eindeutige Vertragsgestaltung, formalisiertes Auftragsmanagement, strenge Auswahl des Dienstleisters, Vorabüberzeugungspflicht, Nachkontrollen.



## Scientology-Schutzerklärung

1. Erklärung zum Vergabeverfahren:  
Der Bewerber/Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.
2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung:
  - 2.1 Der Bewerber/Bieter versichert,
    - dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
    - dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
  - 2.2 Der Bewerber/Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
  - 2.3 Der Bewerber/Bieter erklärt, dass die zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Unterauftragnehmer seinerseits im Sinne dieser Schutzerklärung verpflichtet werden.  
Unterauftragnehmer sind seitens des Bewerbers/Bieters von der weiteren Durchführung des Vertrags bzw. Vertragsbestandteils unverzüglich auszuschließen, wenn sie während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen. Der Auftraggeber ist über einen solchen Vorfall unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
  - 2.4 Die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.2 bzw. 2.3 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

### **Hinweis nach Art. 16 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:**

Hinsichtlich des Zwecks der Schutzerklärung wird auf die anliegende Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 verwiesen.



## **Scientology-Organisation - Verwendung von Schutzzerklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung  
Vom 29. Oktober 1996 Nr. 476-2-151 (AllMBI. S.701, StAnz. Nr. 44)

Die Scientology-Organisation in allen ihren Erscheinungsformen ist eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft wirtschaftliche Ziele verfolgt und den einzelnen mittels rücksichtslos eingesetzter psycho- und sozial-technologischer Methoden einer totalen inneren und äußeren Kontrolle unterwirft, um ihn für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

Auf Grund der jetzigen Erkenntnislage ist davon auszugehen, dass ein nach der Technologie von L. Ron Hubbard geführtes Unternehmen als Bestandteil der Gesamtorganisation Scientology zu betrachten ist. Ein derartiges Unternehmen übernimmt die Verpflichtung, die Technologie von L. Ron Hubbard und die Ideologie von Scientology zu verbreiten, ihren Bestand zu sichern und in der Gesellschaft als allgemeines Gedankengut zu etablieren. Dadurch droht auch öffentlichen Stellen bei Geschäftskontakten eine Infiltration und Ausforschung durch Scientology.

Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, wird bestimmt:

1. Von Auftragnehmern ist bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge in den nachfolgenden Fällen bei der Auftragsvergabe eine Schutzzerklärung gemäß **Anlage** zu verlangen, die bei Annahme des Angebots Vertragsbestandteil wird. Schutzzerklärungen sind zulässig und notwendig, um bei solchen Vertragsverhältnissen die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers abzuklären, die
  - Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Organisation des Vertragspartners oder seine Beschäftigten eröffnen
  - ein besonderes Vertrauensverhältnis voraussetzen oder
  - die Offenlegung von wesentlichen internen Vorgängen und Daten gegenüber dem Vertragspartner erfordern.

Schutzzerklärungen kommen demnach regelmäßig in folgenden Vertragsverhältnissen in Betracht:

Unternehmensberatung, Personal- und Managementschulung, Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen, Softwareberatung, -entwicklung und -pflege, Projektentwicklung und -steuerung, Forschungs- und Untersuchungsaufträge.

2. Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissenschaftlich falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.
3. Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich falsche Erklärung abgegeben oder gegen mit der Erklärung eingegangene Verpflichtungen verstoßen wurde, so ist der Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
4. Den kommunalen Auftraggebern und den sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren. Das gleiche gilt für die Empfänger von Zuwendungen des Freistaates Bayern, wenn die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 1 gegeben werden.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1996 in Kraft

Datum

Name in Druckbuchstaben

Unterschrift Bieter



# Grundsätze für Geschäftspartner der Bayerischen Staatsforsten



## Änderungsnachweis:

Version	erstellt durch	fachliche Freigabe durch	veröffentlicht durch	Datum	Änderungen, Bemerkungen
01.00	G. Meyer-Gruber, T. Christen	Vorstand	C. Schelhaas	06.06.24	Erstellung der Grundsätze für Geschäftspartner der BaySF

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstands.....	3
1 Nachhaltig wirtschaften unter Berücksichtigung von Gesetz und Ethik.....	4
2 Zusammenarbeit mit Kunden, Lieferanten, Dienstleistern und Behörden .....	4
3 Verantwortung in der Gesellschaft .....	4
4 Arbeitssicherheit, Ökologie und Nachhaltigkeit .....	5
5 Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte .....	6
6 Anti-Korruption.....	7
7 Umgang mit Interessenskonflikten .....	7
8 Umgang mit Wissen und Daten.....	8
9 Selbstverpflichtung und Dialog in der Wertschöpfungskette.....	8
10 Einhaltung der Grundsätze und Meldewege bei Verstößen.....	9
11 Kontakt .....	9



## Vorwort des Vorstands

Die Bayerischen Staatsforsten sind ein Unternehmen, welches aufgrund seiner Aufgabe als Bewirtschafter des Staatswaldes in Bayern stark im Blickfeld der Öffentlichkeit steht.

Neben der vorbildlichen und nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes bildet v.a. auch ethisches Verhalten die Grundlage für langfristigen Erfolg und die Akzeptanz des Handelns der Bayerischen Staatsforsten in der Öffentlichkeit. Gesetzestreue, Geschäftsmoral und Integrität sichern dabei die Glaubwürdigkeit des Unternehmens. Gefahren, die zu Glaubwürdigkeits- bzw. Vertrauensverlusten führen können, ist deshalb bereits präventiv entgegenzuwirken.


Die Bayerischen Staatsforsten haben sich über ihre Verhaltensgrundsätze zu dieser Grundeinstellung der Unternehmensethik verpflichtet.

Auch Sie als Geschäftspartner der Bayerischen Staatsforsten tragen zum Erfolg unseres Unternehmens entscheidend bei.

Daher möchten wir auch unsere Lieferanten, Dienstleister und weiteren Geschäftspartner zu diesen Grundsätzen verpflichten.

Die vorliegenden Grundsätze für Geschäftspartner sind Bestandteil unserer nachhaltigen Beschaffungs- und Geschäftsstrategie. Die Bayerischen Staatsforsten erwarten von ihren Geschäftspartnern, dass sie die für sie geltenden rechtlichen Vorgaben und fachlichen Standards, wie beispielsweise das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), die Internationalen Menschenrechtskonventionen der ILO sowie die PEFC-Vorgaben befolgen und auf eine Einhaltung der in diesem Dokument beschriebenen höheren Standards hinarbeiten.

Die Geschäftspartner verpflichten sich außerdem, die Einhaltung dieser Grundsätze in ihrer Lieferkette weiterzugeben und an allen ihren Standorten und bei allen Tätigkeiten aktiv zu fördern.



Martin Neumeyer  
Vorstandsvorsitzender



Rudolf Plochmann  
Vorstand



Manfred Kröninger  
Vorstand



## 1 Nachhaltig wirtschaften unter Berücksichtigung von Gesetz und Ethik

Als einer der größten Forstbetriebe in Europa und Anstalt des öffentlichen Rechts, müssen die Bayerischen Staatsforsten bei all ihren Geschäftsprozessen und Marktaktivitäten eine Vielzahl an rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen beachten.

Gesetzestreue und ethisch einwandfreies Verhalten haben daher für die Bayerischen Staatsforsten höchste Bedeutung. Die geltenden Gesetze und Vorschriften sind zu jedem Zeitpunkt und ohne Ausnahme zu beachten und einzuhalten.

Dies erwarten wir auch von unseren Geschäftspartnern. Bei tatsächlichen oder möglichen Widersprüchen zwischen diesen Grundsätzen für Geschäftspartner und geltenden Gesetzen sowie Vorschriften haben die Geschäftspartner die Bayerischen Staatsforsten darüber in Kenntnis zu setzen.

## 2 Zusammenarbeit mit Kunden, Lieferanten, Dienstleistern und Behörden

Transparenz, Mitverantwortung, ethische Werte sowie Integrität und Ansehen der Bayerischen Staatsforsten haben im Umgang mit Dritten höchste Priorität. Die Zusammenarbeit mit Dritten, deren Geschäftsgebaren gegen allgemeingültige ethische Werte verstößt, wird unterlassen. Gleichzeitig erwarten wir dies auch von unseren Geschäftspartnern.

Wir leisten einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Bereitstellung des Rohstoffes Holz. Wir engagieren uns für den verstärkten Einsatz von Holz als nachwachsenden Wertstoff sowie die Verwendung von Holzprodukten.

Für unsere Kunden und Lieferanten sind wir ein kompetenter und zuverlässiger Partner. Dabei halten wir uns an alle Vorgaben aus dem Kartellrecht. Dies erwarten wir auch von unseren Geschäftspartnern.

Als Anstalt des öffentlichen Rechts pflegt das Unternehmen auch einen partnerschaftlichen Umgang mit Behörden und weiteren hoheitlichen Stellen. Dieser ist geprägt von gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung.

## 3 Verantwortung in der Gesellschaft

Unsere naturnahe Waldbewirtschaftung ist in der Gesellschaft breit akzeptiert. Wir genießen Vertrauen und werden als engagiertes, verantwortungsvolles Unternehmen wahrgenommen.

Die vielfältigen Ansprüche der Gesellschaft an den Wald sind uns bewusst. Mit offener und transparenter Kommunikation gelingt uns ein erfolgreicher Interessenausgleich auf allen Ebenen.



Unser praktisches Handeln steht im Einklang mit unserem gesetzlichen Auftrag, unsere Geschäftspartner sind hierbei ein unverzichtbarer Teil. Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie uns bei unserem Anspruch, den Staatswald zum Wohle der Gesellschaft umfassend, vorbildlich und naturnah zu bewirtschaften, unterstützen.

## 4 Arbeitssicherheit, Ökologie und Nachhaltigkeit

### Arbeitssicherheit:

Der Arbeits- und der Gesundheitsschutz aller Beschäftigten sind den Bayerischen Staatsforsten ein wesentliches Grundanliegen. Ein hoher Standard an Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist deshalb klares Betriebsziel der Bayerischen Staatsforsten. Um diesen hohen Standard zu gewährleisten, müssen im Zweifelsfall andere ökonomische, soziale oder ökologische Betriebsziele in den Hintergrund treten.

Auch unsere Geschäftspartner sind aufgerufen, ihre Verpflichtung und Verantwortung diesbezüglich wahrzunehmen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein möglichst gefahrloses Arbeiten ermöglichen. Alle Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten, aber auch die Beschäftigten unserer Dienstleister haben bei Planung, Arbeitsvorbereitung, Arbeitsdurchführung und Arbeitskontrollen den Arbeits- und den Gesundheitsschutz zu berücksichtigen. Getroffene Arbeitsschutzmaßnahmen werden von allen unterstützt, regelmäßig überprüft und ständig verbessert.

### Ökologie und Nachhaltigkeit:

Der großen sozialen und ökologischen Verantwortung, die wir als Bayerische Staatsforsten für die bayerische Bevölkerung und die nachfolgenden Generationen tragen, sind wir uns alle bewusst. Wir kommen nicht nur unserem Bewirtschaftungsauftrag nach, sondern setzen uns für Natur- und Umweltschutz im bayerischen Staatswald ein. Wir sichern die ökologische Stabilität des bayerischen Staatswaldes für nachfolgende Generationen durch den Aufbau eines gesunden, naturnahen und leistungsfähigen Mischwaldes. Wir gehen mit den uns anvertrauten Lebensräumen sowie Tier- und Pflanzenarten verantwortungsvoll um und verbessern die Biodiversität.

Im Sinne einer umfassenden Nachhaltigkeit gehört die Ökologie gemeinsam mit der sozialen und ökonomischen Verantwortung zu den Eckpunkten einer modernen, naturnahen Waldbewirtschaftung.

Die für uns wichtigsten gesetzlichen Vorgaben finden sich im Staatsforstengesetz, im Bayerischen Waldgesetz und in den Naturschutzgesetzen wieder. Auch internationale Abkommen (z. B. Übereinkommen zur biologischen Vielfalt) und die Standards der Zertifizierung PEFC sind Grundlagen für die vorbildliche Umsetzung unserer Ziele.



Auch von unseren Geschäftspartnern erwarten wir daher, dass Entscheidungen nicht allein auf Grund ökonomischer Gesichtspunkte getroffen werden, sondern sie sich zudem dem Schutz der Umwelt, der Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs sowie zur Umsetzung der vorgenannten Nachhaltigkeitsziele verpflichten.

## 5 Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte

Als einer der größten Forstbetriebe Europas, verpflichten sich die Bayerischen Staatsforsten zur Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte in ihrer gesamten Wertschöpfungskette. Jede Art von Zwangsarbeit (moderne Sklaverei), Kinderarbeit und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen werden strikt abgelehnt.

Die Gesundheit unserer Beschäftigten und der Beschäftigten unserer Geschäftspartner sowie damit verbunden der Arbeitsschutz stehen an erster Stelle. Gleichzeitig werden geltende Arbeitszeitgesetze eingehalten, eine faire Entlohnung und Sozialleistungen sind eine Selbstverständlichkeit. Die freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit werden jederzeit gewährleistet.

Als Bayerische Staatsforsten betreiben wir nachhaltige Waldbewirtschaftung nach dem PEFC-Standard. Hierüber sind wir u. a. zu den Internationalen Menschenrechtskonventionen der ILO (=International Labour Organisation) verpflichtet. Ebenso erwarten die Bayerischen Staatsforsten von ihren Geschäftspartnern die Achtung und Einhaltung dieser Menschen- und Arbeitsrechte. Gleichzeitig verpflichten wir unsere Geschäftspartner dazu, auf die in diesen Grundsätzen genannten höheren Standards hinzuarbeiten.

So unterlassen und verhindern unsere Geschäftspartner jede Form von Nötigung, Diskriminierung oder Ungleichbehandlung ihrer Beschäftigten. Benachteiligungen durch den Geschäftspartner z. B. aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Gesundheitsstatus, Behinderung, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, Mitgliedschaft in Arbeitnehmerorganisationen oder politischer Meinung bzw. jeglichen anderen Merkmalen, die gesetzlich oder über ILO-Übereinkommen geschützt sind, sind zu unterlassen, sei es aktiv oder mittels passiver Unterstützung.

Wir erwarten von unseren Geschäftspartnern, dass sie wachsam gegenüber möglichen Menschenrechtsverletzungen sind, sowohl in ihrem Unternehmen als auch in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette. Bei Zuwiderhandlung verpflichten wir unsere Geschäftspartner darauf, die zuständigen Stellen aufzusuchen und den Verstoß zu melden.



## 6 Anti-Korruption

Korruption im Allgemeinen bezeichnet den regelwidrigen Tausch von Vorteilen. Ein Vorteil ist jede Leistung, auf die der Empfänger keinen Anspruch hat und die seine persönliche oder wirtschaftliche Lage objektiv verbessert. Strafbar machen sich die Handelnden auf beiden Seiten.

Bestechung, Bestechlichkeit, Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung sind mit den Werten der Bayerischen Staatsforsten und deren regulatorischen Vorgaben unvereinbar. In Zusammenhang mit Geschäftstätigkeiten jeglicher Art dürfen die Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten den Geschäftspartnern, deren Angestellten, öffentlichen Institutionen oder sonstigen Dritten sowie anderen Beschäftigten der Bayerischen Staatsforsten keine unzulässigen Vorteile verschaffen oder solche annehmen.

Umgekehrt erwarten wir dies auch von unseren Geschäftspartnern.

Die nachfolgenden Regeln sind von und im Umgang mit allen Geschäftspartnern und öffentlichen Institutionen zu beachten. Geschenke, Gefälligkeiten, Einladungen zu Veranstaltungen, Bewirtungen oder sonstige Vergünstigungen dürfen nur gewährt oder angenommen werden, wenn:

- sie nicht das geltende Recht oder die ethischen Grundsätze der Bayerischen Staatsforsten verletzen,
- der Rahmen der geschäftlichen Gepflogenheiten in der betreffenden Region nicht überschritten wird (z. B. bei Bewirtungen eine angemessene Auswahl von Speisen und Getränken),
- sie keinen unangemessen hohen Wert besitzen und nicht als Bestechung oder unzulässige Vorteilsannahme angesehen oder verstanden werden können - die Annahme von Geld- oder geldähnlichen Geschenken (z. B. Gutscheinen) ist generell untersagt -,
- sie sich betreffend Einladungen im überwiegenden geschäftlichen Kontext bewegen und keinen überwiegenden Freizeitcharakter aufweisen,
- sie weder dem Ansehen der Bayerischen Staatsforsten schaden noch die Person in Verlegenheit bringen, wenn sie bekannt werden.

Obenstehende Vorgaben und Grundsätze gelten sowohl für das Annehmen als auch das Gewähren von Geschenken, Einladungen und Vergünstigungen.

## 7 Umgang mit Interessenskonflikten

Geschäftliche und private Interessen werden bei den Bayerischen Staatsforsten strikt getrennt. Die eigene Stellung im Unternehmen darf von Einzelnen nicht zum eigenen Vorteil oder dem Vorteil der eigenen Familie oder von Freunden missbraucht werden. Alle Beschäftigten des Geschäftspartners



sind aufgefordert, jegliche vermuteten oder tatsächlichen Interessenskonflikte im Zusammenhang mit den Bayerischen Staatsforsten zu offenbaren. Insofern erwarten wir von unseren Geschäftspartnern, dass diese Entscheidungen bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit mit den Bayerischen Staatsforsten ausschließlich auf Grundlage sachlicher Kriterien treffen.

## 8 Umgang mit Wissen und Daten

Personenbezogene Daten, geistiges Eigentum und Urheberrechte werden von den Bayerischen Staatsforsten geachtet und geschützt.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie Informationen, die nicht öffentlich zugänglich gemacht worden sind, sind vertraulich zu behandeln und dürfen nicht preisgegeben werden. Dies gilt auch für andere Informationen, zu deren Geheimhaltung die Bayerischen Staatsforsten, ihre Vertragspartner und Kunden verpflichtet sind oder ein Interesse daran haben.

Umgekehrt erwarten wir auch von unseren Geschäftspartnern die aktive Sicherung vertraulicher Daten und Informationen gegen Zugriffe durch Dritte entsprechend den bestehenden Sicherheitsbestimmungen.

Dies bedeutet, dass Beschäftigte in regelmäßigen Schulungen sensibilisiert und zur Verschwiegenheit verpflichtet werden sollen. Es beinhaltet auch den verantwortungsvollen Umgang mit Technologien wie Cloud-Diensten, Social Media und Systemen auf Basis künstlicher Intelligenz. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist der Schutz von Daten und Systemen mittels technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen sowie deren kontinuierliche Verbesserung auf Basis der geltenden Standards. Dazu zählt auch ein angemessenes Risikomanagement und dass eigene Produkte und Dienstleistungen im Hinblick auf Sicherheit dem Stand der Technik entsprechen und – soweit vorhanden – gesetzliche Vorgaben einhalten.

## 9 Selbstverpflichtung und Dialog in der Wertschöpfungskette

Alle Geschäftspartner der Bayerischen Staatsforsten sollen über die notwendigen Abläufe verfügen, um die Einhaltung der aufgeführten Grundsätze für Geschäftspartner zu gewährleisten. Die Bayerischen Staatsforsten erkennen an, dass die Erreichung der in diesen Grundsätzen festgelegten Standards ein dynamischer Prozess ist und ermutigt den Geschäftspartner, seine Prozesse kontinuierlich zu verbessern.

Der Geschäftspartner vermittelt die vorliegenden Grundsätze seinen Subunternehmern und sonstigen Geschäftspartnern. Er fordert seine Geschäftspartner auf, ihrem Handeln dieselben Standards zu Grunde zu legen.



Der Geschäftspartner muss dazu seine Subunternehmen und Geschäftspartner mit Bedacht auswählen und dafür Sorge tragen, dass Risiken einer Verwicklung in illegales Geschäftsgebaren oder in Aktivitäten, die den Anforderungen dieser Grundsätze widersprechen, so weit wie möglich erkannt und vermieden werden können.

## 10 Einhaltung der Grundsätze und Meldewege bei Verstößen

Sämtliche Geschäftsbeziehungen zwischen den Bayerischen Staatsforsten und unseren Geschäftspartnern müssen auf Ehrlichkeit, Vertrauen und Zusammenarbeit basieren. Durch die Annahme der Grundsätze für Geschäftspartner verpflichtet sich der Geschäftspartner, diese Anforderungen bei seinen Betriebsabläufen sowie in seiner Lieferkette einzuhalten. Dies sollte durch eine transparente Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsforsten erfolgen.

Die Geschäftspartner müssen zudem in der Lage sein, auf Nachfrage ihre Einhaltung der Anforderungen nachweisen zu können. Die Bayerischen Staatsforsten sind berechtigt z. B. über Gespräche, Fragebögen zur Selbsteinschätzung oder Vor-Ort-Audits zu prüfen, ob der Geschäftspartner die Anforderungen der Grundsätze für Geschäftspartner einhält.

Sollte der Geschäftspartner den Bayerischen Staatsforsten das Recht, die Einhaltung der Grundsätze für Geschäftspartner zu prüfen, verweigern oder identifizierte Verstöße nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums berichtigen, stellt dies einen wesentlichen Verstoß gegen diese Grundsätze für Geschäftspartner dar. Infolgedessen sind die Bayerischen Staatsforsten berechtigt, das Vertragsverhältnis mit dem Geschäftspartner ggf. zu beenden.

Alle Geschäftspartner haben die Möglichkeit, Hinweise auf grobes Fehlverhalten, insbesondere im Bereich der Umwelt-, Menschen- und Arbeitsrechte zu melden. Erster Ansprechpartner hierfür ist grundsätzlich immer der Ansprechpartner des Geschäftspartners bei den Bayerischen Staatsforsten. Darüber hinaus kann das LkSG-Hinweisgebersystem (LkSG = Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) der Bayerischen Staatsforsten bei der Ratisbona Compliance GmbH genutzt werden: [Bayerische Staatsforsten | LkSG-Hinweisgebersystem \(baysf.de\)](https://baysf.de/LkSG-Hinweisgebersystem)

## 11 Kontakt

Sollten Sie Fragen rund um das Thema Compliance oder zu diesen Grundsätzen für Geschäftspartner haben, zögern Sie nicht, uns direkt zu kontaktieren:

**Bayerische Staatsforsten AöR**

**Zentrale Regensburg**

**Tillystraße 2**

**93053 Regensburg**

[compliance@baysf.de](mailto:compliance@baysf.de)



### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Allgemeine Hinweise

Die Fragen sind grundsätzlich in den dafür vorgesehenen Feldern zu beantworten.

Soweit die vorgesehenen Antwortfelder hierfür nicht ausreichen, kann die ergänzende Beantwortung auf einer separaten Anlage mit eindeutiger Referenzierung erfolgen.

Zur Bewertung der Eignung werden ausschließlich die Antworten zu der jeweiligen Frage berücksichtigt und die dabei ggf. referenzierten und hochgeladenen Ergänzungen. Sonstige, beigefügte Dokumente, Broschüren oder Verlinkungen auf Webseiten o.ä. finden keine Berücksichtigung.

Bei der Beantwortung der Fragen zu Referenzen und Referenzprojekten kann auf einzelne Referenzen bzw. Referenzprojekte auch mehrfach referenziert werden.

Bei vorgesehener Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer (soweit bei Erstellung des Teilnahmeantrages bekannt) sind dem Teilnahmeantrag ein Verzeichnis der Unterauftragnehmer (IUK-FB-109 Verzeichnis UA-Leistungen) beizulegen

Fehlende Nachweise, Angaben und Erklärungen können innerhalb einer von der Vergabestelle zu setzenden Nachfrist nachgereicht werden.

Werden fehlende Nachweise, Angaben und Erklärungen innerhalb der Nachfrist nicht vorgelegt, führt dies zum Ausschluss des Bewerbers vom Vergabeverfahren. Sofern einzelne Nachweise, Angaben oder Erklärungen lediglich unvollständig oder missverständlich sind, behält sich die Vergabestelle vor, die Bewerber unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes aufzufordern, ihre Nachweise, Angaben oder Erklärungen zu vervollständigen oder zu erläutern.

Die Bewertung der Eignung erfolgt anhand der Einzelkriterien. Dabei können je Einzelkriterium 0 - 10 Bewertungspunkte seitens der Vergabestelle vergeben werden. Unterschreitet die Bewertung eines Einzelkriteriums die beim Einzelkriterium genannte Mindestpunktzahl, führt dies zum Ausschluss aus dem weiteren Vergabeverfahren. Unter Berücksichtigung der Gewichtung des Einzelkriteriums werden die Teilnahmeanträge insgesamt bewertet und in eine Rangfolge gebracht.

#### 2 Hinweise zur Anwendung der EVB-IT AGB

Für Beschaffungen im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechniksetzt der Auftraggeber Verträge nach den EVB-IT AGB (Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen) ein.

Je nach Lösung und insbesondere Betriebsmodell finden folgende EVB-IT AGB für die Vertrag inkl. deren Vertragsmuster Anwendung:

Betriebsmodell: on premise

Die Lösung wird auf Servern des Auftraggebers in seinen Rechenzentren betrieben. Die Software wird dabei gekauft oder gemietet.  
Vertragstyp: EVB-IT System AGB

Betriebsmodell: Integriert in den M365 Tenant des Auftraggebers (quasi on premise)

Die Lösung wird auf dem Tenant des Auftraggebers innerhalb der M365 Plattform betrieben. Die Software/Lösung wird dabei gekauft oder gemietet.

Vertragstyp: EVB-IT System AGB

Betriebsmodell: Cloud

Die Lösung wird auf einer Public Cloud betrieben.

Vertragstyp: EVB-IT Cloud AGB inkl. EVB-IT Cloud Kriterienkatalog

Den Teilnahmunterlagen liegen die Muster EVB-IT Verträge als Anlage bei, deren inhaltliche Ausgestaltung Gegenstand der Verhandlungsrunden im Verhandlungsverfahren ist bzw. sein kann. Die Anwendung der EVB-IT AGB und der EVB-IT Vertragsmuster kann nicht verhandelt werden.

Die Einbeziehung auftragnehmerseitiger AGB ist nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist der EVB-IT Cloud-Vertrag, bei dem auftragnehmerseitige AGB an der dort vorgesehene (nachrangigen) Stelle einbezogen werden können.

Bewerbungen sind für mehrere Betriebsmodelle möglich (siehe hierzu eVergabe, Eignungskriterien, Nr. 7.7.ff).

#### 3 Hinweise zur Leistungsbeschreibung / -verzeichnis

Hinweise zur Leistungsbeschreibung:

Die/das den Teilnahmunterlagen in der Anlage beigefügte Kurz-Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis dienen im Teilnahmewettbewerb zur Information über die vom Auftragnehmer zu erbringende Leistung.

Die Leistungsbeschreibung sowie das Leistungsverzeichnis (Tabellenblätter: „Anforderungen“ und „Benutzerrollen“) bilden somit den Rahmen für die spätere Leistungserfüllung. Auf dieser Grundlage sollen die Bewerber zunächst die Entscheidung treffen können, ob sie einen Teilnahmeantrag stellen.

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ist die Bearbeitung des Leistungsverzeichnisses NICHT erforderlich.

Leistungsbeschreibung und Leistungsverzeichnis werden Bestandteil der dem Teilnahmewettbewerb folgenden Angebotsphasen mit den Verhandlungsrunden.

Die im Leistungsverzeichnis enthaltenen Anforderungen wurden anhand der MosCoW-Methode (Must = 1, Should = 2, Could = 3, Won't = 4) priorisiert (Spalte D). Bei den mit der Priorität 1 gekennzeichneten Leistungsmerkmalen handelt es sich um A-Kriterien.



## **4 Allgemeine Informationen zum Bewerber**

### **4.1 Darstellung des Unternehmens**

#### **4.1.1 Leistungsspektrum [Mussangabe]**

Stellen Sie das Leistungsspektrum Ihres Unternehmens kurz dar.  
Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

#### **4.1.2 Kerngeschäft [Mussangabe]**

Stellen Sie das Kerngeschäft Ihres Unternehmens kurz dar.  
Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

#### **4.1.3 Firmengründung [Mussangabe]**

Benennen Sie das Jahr der Firmengründung.  
Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

#### **4.1.4 Mitarbeiterzahl [Mussangabe]**

Geben Sie die derzeitige Mitarbeiterzahl wie folgt an:  
- Gesamtzahl  
- Mitarbeiter in Deutschland

Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

#### **4.1.5 Umsatz [Mussangabe]**

Geben Sie den Umsatz in EURO an für:  
- vorvorletztes Geschäftsjahr  
- vorletztes Geschäftsjahr  
- letztes Geschäftsjahr

Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

#### **4.1.6 Verbundene Unternehmen [Mussangabe]**

Soweit Sie zur Leistungserfüllung verbundenen Unternehmen einsetzen werden, benennen sie die verbundenen Unternehmen und die Art und Weise der Verbindung.

Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

### **4.2 Räumliche Struktur**

#### **4.2.1 Firmensitz [Mussangabe]**

Wo befindet sich Ihr Hauptfirmensitz?  
Wenn Sie mehrere Niederlassungen haben, wo befindet sich die Niederlassung, die für das Projekt zuständig ist?

Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage vom Bewerber zu beantworten, der den Teilnahmeantrag für und im Namen der Bietergemeinschaft stellt.

#### **4.2.2 Firmensitze Bietergemeinschaften**

Bei Bietergemeinschaften: Geben Sie nachfolgend die Firmensitze der beteiligten Firmen an.

#### **4.2.3 Struktur [Mussangabe]**

Stellen Sie die Struktur Ihres Unternehmens kurz dar, gegliedert nach:  
- Vertrieb  
- Support  
- Hotline-Service und  
- Technischer Service, Kundendienst

Bei Bietergemeinschaften ist diese Frage für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft zu beantworten.

## **5 Bewerberprofil: A - Kriterien**

### **5.1 Erklärung der gewerberechtlichen Voraussetzungen [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung abzugeben, dass er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllt.

[ ] Keine Angabe  
[ ] Ja  
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar



## 5.2 Haftungshöchstsummen gem. EVB-IT AGB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bewerber hat dem Angebot einen Nachweis beizulegen, dass die Haftungshöchstsummen gem. der dem Vertrag zugrunde liegenden EVB-IT AGB durch eine Versicherung abgedeckt sind, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen deutschen Industriehaftpflichtversicherung oder vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedstaat der EU entspricht. Bei Bietergemeinschaften gilt dies für jeden einzelnen Bieter dieser Bietergemeinschaft entsprechend.

Der Nachweis eine Haftpflichtversicherung liegt dem Teilnahmeantrag bei.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.3 Scientology-Schutzerklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bewerber hat mit dem Angebot für den Fall der Zuschlagserteilung eine Scientology-Schutzerklärung gem. der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 Nr. 476-2-151 (AllMBI. S.701, StAnz. Nr. 44) abzugeben. Bei Bietergemeinschaften gilt dies für jeden einzelnen Bieter dieser Bietergemeinschaft entsprechend.

Die unterschriebene Scientology-Schutzerklärung (IUK-FB-107 Scientology-Schutzerklärung) liegt/liegen dem Teilnahmeantrag bei.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.4 Bonitätsnachweis [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die vorzulegende Creditreform-Selbstauskunft darf höchstens drei Monate alt sein. Bezugszeitpunkt ist der Termin der Abgabe des Teilnahmeantrags. Vergleichbare Auskünfte von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind möglich.

Gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten werden gemäß § 49 Abs. 1 Satz 2 VgV anerkannt. Der Nachweis der Gleichwertigkeit ist vom Bewerber zu erbringen.

Bei Bietergemeinschaften ist die Creditreform-Selbstauskunft (oder vergleichbar, siehe oben) für jeden einzelnen Bieter der Bietergemeinschaft beigelegt.

Eine aktuelle Creditreform-Selbstauskunft liegt dem Teilnahmeantrag bei.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.5 Konferenz- und Supportsprache [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Konferenz- und Supportsprache ist Deutsch.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.6 Datenhaltung innerhalb der EU [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die vertragsgegenständlichen Daten des Auftraggebers verlassen zu keinem Zeitpunkt den Hoheitsraum der Europäischen Union (auch nicht zur Prozessierung).

Der Begriff „vertragsgegenständliche Daten“ bezieht sich zunächst auf fachliche und anwendungsbezogene Daten. Diese sind ausschließlich innerhalb der EU zu speichern und zu verarbeiten.

Soweit aus technischen Gründen andere personenbezogene Daten (z.B. Identitätsdaten, Betriebs-/Sicherheitslogs, Telemetriedaten) in einem Drittland verarbeitet werden, ist dies ausschließlich zulässig auf Grundlage von:

- a) einem Angemessenheitsbeschluss gem. Art. 45 DSGVO für das jeweilige Drittland, und/oder
- b) EU-Standardvertragsklauseln (SCCs) gem. Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO mit dem im Drittland ansässigen (Unter-)Auftragsverarbeiter, ergänzt um ein Transfer Impact Assessment (TIA) und ggf. zusätzliche technische und organisatorische Schutzmaßnahmen.

Dies gilt für den Bewerber / die Bietergemeinschaft selbst, sowie für Nachunternehmer und verbundene Unternehmen, die in die Leistungserfüllung bzw. Eignungsleihe einbezogen werden oder Zugriff auf personenbezogene Daten erhalten (z. B. Supportorganisation, Remote-Administration).

Der Bewerber hat seinem Teilnahmeantrag in diesen Fällen folgende Unterlagen beizufügen:

- seine Standard-AVV und TOMs für die angebotene Lösung;
- eine Aufstellung der in die Leistungserfüllung bzw. Eignungsleihe einbezogenen Nachunternehmer / verbundenen Unternehmen unter Angabe des jeweiligen Sitzlandes;



- soweit eine Drittlandübermittlung auf Basis von SCCs erfolgt: das zugehörige Transfer Impact Assessment (TIA), sowie die ergänzenden technischen und organisatorischen Maßnahmen.

Die vorgelegten Unterlagen werden im Rahmen der Eignungsprüfung durch den Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers geprüft.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.7 Datenschutz, Auftragsverarbeitung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Vorgaben der EU-Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zum Datenschutz und insbesondere zur Auftragsdatenverarbeitung werden erfüllt.

Der Bewerber willigt insbesondere ein, dass mit dem Vertragsabschluss eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) inklusive der technisch, organisatorischen Maßnahmen (TOM) im Anhalt an die MUSTER-Auftragsdatenverarbeitung inkl. TOM (AM-FB-202\_Auftragsdatenv erarbeitung - Muster) abgeschlossen wird.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.8 Nachweise eines ISMS bei Public Cloud

Nur für Bewerbungen nach dem Betriebsmodell Public Cloud:

Der Bewerber weist nach, dass für die Betriebsorganisation der Lösung ein ISMS gemäß international anerkannten Standards implementiert und zertifiziert ist. Dies dient der Einhaltung von Sicherheits- und Compliance-Vorgaben.

Legen Sie Ihrem Teilnahmeantrag ein entsprechendes zum Datum der Einreichung des Teilnahmeantrags gültiges Zertifikat (z.B. ISO 27001 bzw. ISO 27017) oder gleichwertig bei.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 5.9 Nachweis BSI C5 Basiskriterien

Nur für Bewerbungen nach dem Betriebsmodell Public Cloud:

Die angebotene Lösung muss den Basis-Kriterienkatalog des BSI C5 (Cloud Computing Compliance Controls Catalogue) vollständig erfüllen. Dies dient der Einhaltung deutscher Sicherheitsstandards für Cloud-Dienste und unterstützt die Nachvollziehbarkeit von Sicherheitsmaßnahmen.

Legen Sie Ihrem Teilnahmeantrag ein entsprechendes zum Datum der Einreichung des Teilnahmeantrags gültiges Zertifikat bzw. Testat (Prüfbericht) bei. Statt der Vorlage eines Zertifikates bzw. Testates ist eine Eigenerklärung zur Einhaltung der BSI C5 Basiskriterien ausreichend.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 5.10 Energieeffizienzgesetz (EnEfG)

Nur für Bewerbungen nach dem Betriebsmodell Public Cloud:

Die Lösung muss nachweislich die Anforderungen des EnEfG erfüllen. Dies umfasst insbesondere die effiziente Nutzung von Energie in Rechenzentren und IT-Infrastrukturen sowie die Bereitstellung von Nachweisen über die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben.

Die Erfüllung des EnEfG wird bestätigt.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

# 6 Bewerberprofil: B - Kriterien

Gewichtung: 100,00%  
 Mindestbewertung: 60,00 %

## 6.1 Bonitätsindex [Mussangabe]

Gewichtung: 10,00%  
 Maximalpunktzahl: 10  
 Mindestbewertung: 5 Punkte



Bitte geben Sie den Bonitätsindex nach aktueller Creditreform-Eigenauskunft (oder vergleichbar, siehe hierzu Bonitätsnachweis) an. Bei Bietergemeinschaften sind hier die Einzelwerte der Bieter anzugeben.

Der Bonitätsindex geht wie folgt in die Bewertung ein:

- Bonitätsindex nach Creditreform: 100–149 ? sehr gute Bonität: 10 - 9 Bewertungspunkte
- Bonitätsindex nach Creditreform: 150–249 ? gute Bonität: 8 - 7 Bewertungspunkte
- Bonitätsindex nach Creditreform: 250–299 ? befriedigend: 6 - 5 Bewertungspunkte
- Bonitätsindex nach Creditreform: 300–349 ? noch akzeptabel: 4 - 3 Bewertungspunkte
- Bonitätsindex nach Creditreform: 350–499 ? schwach: 2 - 1 Bewertungspunkte
- Bonitätsindex nach Creditreform: 500–600 ? sehr hohes Ausfallrisiko: 0 Bewertungspunkte

Bei Bietergemeinschaften wird ein mittlerer Bonitätsindex zur Bewertung gebracht.

Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.

## 6.2 Umsatz pro Mitarbeiter [Mussangabe]

Gewichtung: 10,00%  
Maximalpunktzahl: 10

Nennen Sie den durchschnittlichen Jahresumsatz je Mitarbeiter\*in in den letzten 3 Geschäftsjahren. Verwenden Sie dabei zur Ermittlung der Mitarbeiter\*innen-Zahl die Anzahl der Vollarbeitskräfte (VAK, FTE, 100-Stellenprozent).

Bei Bietergemeinschaften sind hier die Einzelwerte der Bieter anzugeben.

In die Bewertung fließen der durchschnittliche Jahresumsatz pro Mitarbeiter\*in ein. Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.

## 6.3 Durchschnittliche Umsatzrendite [Mussangabe]

Gewichtung: 10,00%  
Maximalpunktzahl: 10

Bitte geben Sie die durchschnittliche Umsatzrendite der letzten 3 Geschäftsjahre an.

\*Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.

## 6.4 Referenzprojekte [Mussangabe]

Gewichtung: 50,00%  
Maximalpunktzahl: 10

Bitte stellen Sie die wesentlichen (max. 3) in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung und den dort geforderten Technologien sowie mit dem Auftraggeberprofil (bspw. öffentliches Unternehmen, öffentliche Einrichtung) vergleichbar sind, dar:

Die Aufstellung muss mindestens folgende Angaben enthalten:

- Auftragsgegenstand (Projektbeschreibung),
- Auftraggeber,
- Auftragszeitraum,
- den Rechnungswert (soweit freigegeben),
- Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter (durchschnittlich und maximal)
- Art und Anzahl der Mandanten und Benutzer

Bitte beschreiben Sie ihre Rolle in den verschiedenen Projekten so detailliert, dass erkennbar wird, welche Leistungen Sie selbst durchgeführt haben.

Die eingehenden Teilnahmeanträge werden vom Vergabeteam insbesondere nach inhaltlicher und technischer Nähe zum ausgeschriebenen Projekt bewertet.

Die Bewertung erfolgt gesamthaft über die eingereichten Referenzen anhand folgender Skala:

- 0–3 Punkte: geringe Erfüllung
- 4–7 Punkte: mittlere Erfüllung
- 8–10 Punkte: gute bis sehr gute Erfüllung

Die 5 Bewertungsdimensionen dabei sind:

1. Inhaltliche und technische Vergleichbarkeit (max. 4 Punkte)

Bewertungsmaßstab:

- 0–1 Punkte (gering): Kaum oder keine Übereinstimmung mit den geforderten Leistungen oder Technologien; nur allgemein ähnliche IT-Projekte ohne spezifische Nähe zur ausgeschriebenen Leistung.
- 2–3 Punkte (mittel): Teilweise vergleichbare Leistungen oder Technologien; einzelne relevante Komponenten vorhanden, jedoch keine voll-ständige Übereinstimmung im Leistungszuschnitt.
- 4 Punkte (hoch): Sehr hohe Übereinstimmung hinsichtlich Leistungsinhalt, Architektur, eingesetzter Technologien und Komplexität.

2. Vergleichbarkeit des Auftraggebers / Umfelds (max. 2 Punkte)

Bewertet wird, wie stark der Auftraggeber und das Umfeld der Referenz mit dem ausgeschriebenen Kontext übereinstimmen.

Bewertungsmaßstab:

- 0 Punkte (gering): Keine Vergleichbarkeit (z.B. völlig andere Branche, kein öffentlicher Kontext).
- 1 Punkt (mittel): Teilweise vergleichbar (z.B. größere Organisation, aber kein öffentlicher Auftraggeber).
- 2 Punkte (hoch): Hohe Vergleichbarkeit (z.B. öffentliches Unternehmen / Verwaltung / ähnliche Rahmenbedingungen).

3. Projektgröße und Komplexität (max. 1 Punkt)

Bewertet werden Umfang und Skalierung der Referenzprojekte.

Berücksichtigte Aspekte:

- Rechnungswert (soweit freigegeben)
- Anzahl Mitarbeitende (Ø / max.)
- Anzahl Mandanten und Benutzer

Bewertungsmaßstab:

- 0 Punkte: geringe Größe / geringe Skalierung
- 1 Punkt: mittlere bis hohe Projektgröße und vergleichbare Komplexität



#### 4. Qualität und Vollständigkeit der Angaben (max. 2 Punkte)

Bewertet wird, ob die Referenz die geforderten Pflichtangaben vollständig und nachvollziehbar enthält:

- Projektbeschreibung (Auftragsgegenstand)
- Auftraggeber
- Auftragszeitraum
- Rechnungswert (sofern möglich)
- Personaleinsatz (Ø / max.)
- Mandanten / Benutzer

Bewertungsmaßstab:

- 0 Punkte: unvollständig oder schwer nachvollziehbar
- 1 Punkt: weitgehend vollständig, kleinere Lücken
- 2 Punkte: vollständig, klar strukturiert und gut nachvollziehbar

#### 5. Darstellung der eigenen Leistung (Rollenklarheit) (max. 1 Punkt)

Bewertet wird, ob die Rolle des Bieters klar und detailliert beschrieben ist.

Bewertungsmaßstab:

- 0 Punkte: unklar, generisch oder nicht nachvollziehbar
- 1 Punkt: klar dargestellte Eigenleistungen, Verantwortlichkeiten und Beitrag zum Projekterfolg

Die Gesamtpunktzahl ergibt sich aus der Summe der Einzelkriterien (max. 10 Punkte).

Interpretation:

- 0–3 Punkte (geringe Erfüllung): Referenzen sind nur eingeschränkt oder nicht geeignet, die Leistungsfähigkeit nachzuweisen.
- 4–7 Punkte (mittlere Erfüllung): Referenzen zeigen grundlegende Eignung, jedoch mit erkennbaren Lücken in Vergleichbarkeit oder Qualität.
- 8–10 Punkte (gute bis sehr gute Erfüllung): Referenzen belegen eindeutig eine hohe fachliche, technische und organisatorische Eignung.

\*Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.

### 6.5 Projektleitung [Mussangabe]

Gewichtung: 10,00%  
Maximalpunktzahl: 10

Bitte stellen Sie die Anzahl, Qualifikation und Erfahrungen des bereits bekannten Personals dar, das in der Projektleitung und im Projektmanagement im Rahmen des Auftrags eingesetzt werden wird.

Qualifikation, Erfahrung, ggf. Zertifizierungen (z.B. Prince2 oder Vergleichbares) sind in Form von Profilen nachzuweisen, die als Anlage mit eindeutiger Referenz zu dieser Frage beigefügt werden müssen. Die Profile können auch anonymisiert bzw. pseudonymisiert vorgelegt werden.

Die eingehenden Teilnahmeanträge werden vom Vergabeteam insbesondere nach inhaltlicher und technischer Nähe zum ausgeschriebenen Projekt bewertet.

Für die Bewertung der Position Projektleitung gilt:

Sehr erfahrene bis erfahrene Projektleitung:

Projekterfahrung über 10 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Projektleitung und -management liegen vor, mindestens 5 vergleichbare Projekte erfolgreich abgeschlossen: 10 - 8 Bewertungspunkte

Erfahrene Projektleitung mit guter Projekterfahrung:

Projekterfahrung über 5 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Projektleitung und -management liegen vor, mindestens 3 vergleichbare Projekte erfolgreich abgeschlossen: 7 - 4 Bewertungspunkte

Projektleitung mit Projekterfahrung:

Projekterfahrung unter 5 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Projektleitung und -management liegen nicht vor, Qualifikation ist über Eigenerklärung nachgewiesen, mindestens 1 vergleichbares Projekt erfolgreich abgeschlossen: 3 - 0 Bewertungspunkte

\*Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.

### 6.6 Servicemanager [Mussangabe]

Gewichtung: 10,00%  
Maximalpunktzahl: 10

Bitte stellen Sie die Berufserfahrung des vorgesehenen Servicemanagers / der Servicemanagerin für die Betriebsphase dar.

Bitte weisen Sie die Berufserfahrung über ggf. vorhandene Zertifizierungen im Bereich des Servicemanagements nach. Ggf. vorhandene Zertifikate und Nachweise können anonymisiert bzw. pseudonymisiert vorgelegt werden.

Für die Bewertung der Position Servicemanager gilt:

Sehr erfahrener bis erfahrener Servicemanager:

Erfahrung als Servicemanager über 10 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Servicemanagement (z.B. ITIL oder vergleichbar) liegen vor, mindestens 5 vergleichbare Projekte in der Funktion des Servicemanagers im Betrieb begleitet: 10 - 8 Bewertungspunkte

Erfahrener Servicemanager mit guter Erfahrung im Bereich des Service-Managements:

Erfahrung als Servicemanager über 5 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Servicemanagement (z.B. ITIL oder vergleichbar) liegen vor, mindestens 3 vergleichbare Projekte in der Funktion des Servicemanagers im Betrieb begleitet: 7 - 4 Bewertungspunkte

Servicemanager mit Erfahrung im Bereich des Service-Managements:

Erfahrung als Servicemanager unter 5 Jahre, Zertifikate im Zusammenhang mit Servicemanagement (z.B. ITIL oder vergleichbar) liegen nicht, die Qualifikation ist über Eigenerklärung nachgewiesen, mindestens 1 vergleichbares Projekte in der Funktion des Servicemanagers im Betrieb begleitet: 3 - 0 Bewertungspunkte

\*Bezüglich der Bewertung der Einzelkriterien und der Teilnahmeanträge insgesamt wird auf Nummer 1 "Allgemeine Hinweise" verwiesen.



## 7 Eigenerklärungen des Bewerbers

### 7.1 Zwingende Ausschlussgründe [Mussangabe]

#### Eigenerklärung

Ich/Wir erkläre(n) dass keine Person, deren Verhalten gemäß § 123 Abs.3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, innerhalb der vergangenen 5 Jahre rechtskräftig verurteilt worden oder gegen das Unternehmen im vorgenannten Zeitraum keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 299a und § 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit im Gesundheitswesen),
  - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  - h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
  - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
  - j) den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- Einer Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße im vorgenannten Sinne stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Falls einer der in dieser Eigenerklärung genannten Ausschlussgründe auf das Unternehmen zutrifft, besteht gem. § 125 GWB die Möglichkeit, einen Ausschluss durch den Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen zu vermeiden. Sollte das Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, ist der Sachverhalt zu erklären und die erforderlichen Nachweise dem Angebot beizufügen, die dem Auftraggeber eine Prüfung der Anforderungen gem. § 125 GWB ermöglichen.

Der Bewerber/Bieter ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss des Unternehmens von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann (vgl. §§ 124 Abs. 1, 126 GWB).

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Es liegt keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vor. (0)
- ☐ Es liegt mind. einer der o.g. Ausschlussgründe vor. Beiliegende Anlage dient der Selbstreinigung (§ 125 GWB). (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 7.2 Fakultative Ausschlussgründe [Mussangabe]

#### Eigenerklärung

Es wird erklärt, dass

- a) das Unternehmen innerhalb der vergangenen 3 Jahre nicht gegen umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- b) das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat; zudem lag keiner der vorgenannten Tatbestände innerhalb der vergangenen 3 Jahre vor;
- c) das Unternehmen oder einer dem Unternehmen im Sinne des § 123 Abs.3 GWB zurechenbaren Person im Rahmen der beruflichen Tätigkeit innerhalb der vergangenen 3 Jahre nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat;
- d) das Unternehmen innerhalb der vergangenen 3 Jahre keine Vereinbarung mit einem anderen Unternehmen getroffen hat oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
- e) kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte.

Falls einer der in dieser Eigenerklärung genannten Ausschlussgründe auf das Unternehmen zutrifft, besteht gem. § 125 GWB die Möglichkeit, einen Ausschluss durch den Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen zu vermeiden. Sollte das Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen, ist nachfolgend der Sachverhalt zu erklären und die erforderlichen Nachweise dem Angebot beizufügen, die dem Auftraggeber eine Prüfung der Anforderungen gem. § 125 GWB ermöglichen

Der Bewerber/Bieter ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss des Unternehmens von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann (vgl. §§ 124 Abs. 1, 126 GWB).

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Es liegt keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vor. (0)
- ☐ Es liegt mind. einer der o.g. Ausschlussgründe vor. Beiliegende Anlage dient der Selbstreinigung (§ 125 GWB). (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 7.3 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

#### Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und kein Verstoß hiergegen durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde

- oder -

das Unternehmen seiner Verpflichtung dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen hat oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.



- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.4 Eigenerklärung russische Unternehmen [Mussangabe]

Eigenerklärung russische Unternehmen

Mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für sein Unternehmen sowie sämtliche Unterauftragnehmer Folgendes:

- a) Es ist keine Person russischer Staatsangehörigkeit oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung,  
b) es ist keine juristische Person, Organisation oder Einrichtung, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder  
c) keine natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisation handelt, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt. Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Es liegt keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vor. (0)  
☐ Es liegt mind. einer der o.g. Ausschlussgründe vor. (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.5 Teilnahmeunterlagen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass unser Angebot unter Einbeziehung aller im Punkt "Teilnahmeunterlagen" genannten allgemeinen Geschäftsbedingungen und anzuwendende Rechtsvorschriften gilt. Dies gilt insbesondere für die Einbeziehung der EVB-IT AGB und der Regelungen zur Auftragsverarbeitung.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.6 Nachweise [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie Ihrem elektronischen Angebot die geforderten Nachweise als Anlage beigefügt und sind alle Formulare vollständig ausgefüllt?

Dem Teilnahmeantrag sind folgende Nachweise als Anlage beizufügen:

1. Nachweis einer Haftpflichtversicherung
2. Unterschriebene Scientology-Schutzerklärung (LuK-FB-107 Scientology-Schutzerklärung)
3. Aktueller Bonitätsnachweis, z.B. aktuelle Creditreform-Eigenauskunft oder vergleichbar

Bei Teilnahmeanträgen für das Betriebsmodell "Public Cloud":

4. Nachweis über die Anwendung eines ISMS wie z.B. gültiges ISO 27001, 27017 Zertifikats (oder vergleichbar) für die Betriebsorganisation
5. Nachweis über die vollständige Anwendung des Basis-Kriterienkatalog des BSI C5 (Cloud Computing Compliance Controls Catalogue) anhand eines Zertifikates, Testates oder Eigenerklärung

Bei Teilnahmeanträgen für das Betriebsmodell "Public Cloud" und Drittlandverarbeitung i.S.d. EU-DSGVO:

6. Standard-AVV und TOMs für die angebotene Lösung.
7. Eine Aufstellung der in die Leistungserfüllung bzw. Eignungsleihe einbezogenen Nachunternehmer / verbundenen Unternehmen unter Angabe des jeweiligen Sitzlandes.
8. Soweit eine Drittlandübermittlung auf Basis von SCCs erfolgt: das zugehörige Transfer Impact Assessment (TIA), sowie die ergänzenden technischen und organisatorischen Maßnahmen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.7 Betriebsmodell

##### 7.7.1 Public Cloud [Mussangabe]

Erstreckt sich Ihre Bewerbung auf das Betriebsmodell Public Cloud?

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)



### 7.7.2 Quasi On Premise (auf dem M365 Tenant) [Mussangabe]

Erstreckt sich Ihre Bewerbung auf das Betriebsmodell Quasi On Premise - Lösung auf dem MS365 Tenant des Auftraggebers?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 7.7.3 On Premise [Mussangabe]

Erstreckt sich Ihre Bewerbung auf das Betriebsmodell on Premise?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar



Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	2026RW000003_Vorläufige_L eistungsbeschreibung_TWB_V.1.pdf	356,39 KB	pdf
Dateianlage	2026RW000003_Vorläufiges_ Leistungsverzeichnis_TWB_V.1.1.xlsx	59,29 KB	xlsx
Dateianlage	2026RW000003_Muster_Cloud -Vertrag_TWB_V.1.pdf	312,20 KB	pdf
Dateianlage	2026RW000003_Muster_Krite rienkatalog-fuer-cloudlei stungen_TWB_V.1.pdf	220,55 KB	pdf
Dateianlage	2026RW000003_Muster_Syste mvertrag_TWB_V.1.pdf	623,29 KB	pdf
Dateianlage	EVB_IT_Cloud_AGB.pdf	288,64 KB	pdf
Dateianlage	EVB_IT_System_AGB .pdf	339,46 KB	pdf